



Seite 4



Seite 6



Seite 11

Aus BVV und Ausschüssen

Ordentliches Nachsitzen

Da die Bezirksverordnetenversammlung die meisten Tagesordnungspunkte am 17. September nicht abarbeiten konnte, wurde am 1. Oktober „nachgesessen“.

Die Großen Anfragen beschäftigten sich unter anderem mit der Fällung von Bäumen im Rahmen der Schulhofgestaltung an der Kurt-Schwitters-Schule. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen kritisierte, dass hier acht Bäume gefällt werden sollen. Bezirksstadtrat Matthias Köhne (SPD) erwiderte, dass die Planung auf Vorschlägen der Schülerschaft basiere und er die Partizi-

pation der Schüler nicht behindern wollte. Hoch her ging es auch bei der Anfrage der CDU-Fraktion zur Jugendfreizeitstätte Lehrerhaus Christburger Straße. Die Antwort des Bezirksamtes zur verzögerten Inbetriebnahme der Einrichtung löste bei den Parlamentariern Unverständnis aus. So berichtete Bezirksstadträtin Christine Keil (PDS), dass der Start erst im Oktober 2005 erfolgen könne, also ein Jahr nach der baulichen Fertigstellung des Lehrerhauses, weil der notwendige zweite Rettungsweg erst im Zuge des Neubaus der angrenzenden Turnhalle angelegt werden kann. Die Suche nach einem geeigneten Standort der Turnhalle und Verzögerungen bei der Umsetzung der Investitionsplanung seien dafür die Gründe.

Bei den Anträgen konzentrierte sich die PDS-Fraktion diesmal auf den dauerhaften Erhalt der Kleingartenanlagen – so z.B. Bornholm I und Bornholm II – und die Abwendung von gesundheitlichen Gefährdungen der Schulkinder während der Bauarbeiten an der Grundschule im Blumenviertel. Beide Anträ-

ge wurden mit deutlicher Mehrheit angenommen.

Schiffbruch erlitt hingegen die CDU-Fraktion mit ihrem Haudrauf-Konzept für den Mauerpark. So forderten die Christdemokraten ein Verbot der Sprayer-Aktivitäten, mehr Absperrungen, mehr Polizeieinsätze und feste Schließzeiten für die Grünfläche. Begründet wurde dieses vom Verordneten Eichler, der in einer Zeitung gelesen hatte, dass der Staat im Mauerpark bereits vor dem Mob kapituliert hätte. Er schürte damit erneut eine negative Stimmung gegen die unterschiedlichen Nutzungen des Parks. Dagegenhielt neben anderen Rednern auch Sascha Kummer (PDS), der der CDU Panikmache und Spießbürgerlichkeit vorwarf. Der Mauerpark sei ein Raum für alle, der aber auch von allen sensibel genutzt werden muss. Verbote helfen da nicht viel, eher das kommunikative, auf die Leute zugehende gemeinsame Konzept des Bezirksamtes und des Freundeskreises des Mauerparks. Der CDU-Antrag wurde mit den Stimmen von PDS, SPD und Grünen abgelehnt.

Andreas Bossmann

Eingang zum Mauerpark



ALDI an der Esplanade



Nach langwierigen und zum Teil hitzigen Debatten im Verkehrsausschuss hat die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) am 1. Oktober mit großer Mehrheit einen Beschluss zu den Verkehrsproblemen im Zusammenhang mit dem geplanten ALDI-Markt auf den Grundstücken Esplanade 7, 9 und 11 gefasst. Ziel des Beschlusses ist es, die Verkehrsbelastung in diesem Wohngebiet durch den Markt möglichst gering zu halten und die berechtigten Sorgen der Anwohner zu berücksichtigen.

Deshalb forderte die BVV das Bezirksamt auf, die Zahl der geplanten Parkplätze – bisher sind es 54 – um mindestens ein Drittel zu reduzieren, eine veränderte Anfahrt für

große Lieferfahrzeuge über das Gelände von ALDI zu sichern und Vorschläge für die Verbesserung der Verkehrslage in der Stavanger Straße zu erarbeiten. Bereits jetzt ist die Lage in der Stavanger Straße, wo PKW und LKW im Begegnungsverkehr über den Fußweg fahren und damit Fußgänger und Radfahrer stark gefährden, sehr kritisch. Wenn die Sanierung des großen Seniorenwohnheims in der Nähe des Marktes abgeschlossen ist, werden viele alte Menschen die Straße benutzen. Schnelle Veränderungen sind deshalb dringend notwendig. Da der ALDI-Markt für die Nahversorgung konzipiert sein soll, erscheint der geplante Parkplatz überdimensioniert und bringt eine nicht

akzeptable Versiegelung mit sich.

Nachdem Bürgerinitiativen mit Pro und Contra zum Markt sehr aktiv waren, ist es jetzt Aufgabe des Bezirksamtes, mit dem Investor ALDI im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens schnell die von der BVV geforderten Lösungen durchzusetzen. Die Debatte im Wohngebiet, in der Bürgerinnen und Bürger sehr engagiert ihren Standpunkt vertraten, zeigt erneut, dass bei der Planung von Bauvorhaben die Auswirkungen auf die Verkehrsbelastungen und damit auf die Wohn- und Lebensbedingungen der betroffenen Menschen stärker berücksichtigt werden müssen.

Erich Wetzl
Bezirksverordneter

Sondersitzung

Haushalt beschlossen

Die Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) am 1. Oktober hatte das wichtigste Thema des Jahres auf der Tagesordnung: Den Beschluss zum Doppelhaushalt für die Jahre 2004/2005. Bevor die Verordneten beraten konnten, kam Protest im Versammlungssaal auf. Etwa 100 vor allem jugendliche Gäste machten ihrem Ärger über Einsparungen im Jugend- und Sozialbereich Luft. Mit Transparenten und Trillerpfeifen forderten sie mehr Geld für Kinder- und Jugendprojekte.

Die Sprecherin des „Bündnis gegen Sozialabbau“, Frau Rüger, erhielt Rederecht. Sie appellierte an das soziale Gewissen der Verordneten. Ein Haushalt, der vor allem bei Jungen, Alten und sozial Schwachen Einsparungen vorsieht, sei nicht zu verantworten. Sie forderte deshalb die BVV auf, am besten gar keinen Haushalt zu beschließen.

Danach trat der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Dr. Wolfgang Bey (PDS), an das Mikrofon. Er betonte die enorme Arbeitsbelastung der Verordneten in den letzten Wochen und empfahl die Annahme eines gemeinsam von PDS und SPD eingebrachten Antrages zur Änderung des Haushaltsplanentwurfes des Bezirksamtes.

Darin werden 322.000 Euro in 2004 und 350.000 Euro in 2005 mehr im Bereich Jugend, Kultur und Grünflächenunterhaltung veranschlagt. So können bei Frauen- und Migrantprojekten in beiden Haushaltsjahren 48.000 Euro, bei der Anschaffung von Instrumenten in den Musikschulen 64.000 Euro, für kulturelle Projekte 40.000 Euro und bei der Anschaffung von Bü-

chern in den Bibliotheken 20.000 Euro mehr ausgegeben werden. Für die Arbeit der Jugendverwaltung ist die Aufstockung der Zuschüsse für freie Träger um 533.000 Euro, der politischen Bildungsarbeit um 30.000 Euro und der Erholungsmaßnahmen für Kinder aus sozial schwachen Familien um 40.000 Euro vorgesehen. Darüber hinaus erhält die Mieterberatung 200.000 Euro und der Bereich Grünflächen für die Reparatur von Spielgeräten 100.000 Euro mehr. Das bedeutet zwar eine Reduzierung im Vergleich zu 2003, hat aber auch Vorteile. Erstmals erhalten in Pankow die freien Träger Planungssicherheit für zwei Jahre. Obwohl der Bedarf bei Erholungsmaßnahmen nicht gedeckt ist, ist Pankow der einzige Bezirk, der berlinweit für solche Zwecke Mittel zur Verfügung stellt. Trotz aller Verbesserungen auf niedrigem Niveau überwog bei allen Rednern die Sorge um die finanzielle Situation im Land und im Bezirk.

Bezirksbürgermeister Burkhard Kleinert (PDS) verwies auf das exorbitante Haushaltsdefizit des Landes in Höhe von 50 Mrd. Euro, welches den Bezirk trotz aller Sparmaßnahmen ins Mark trifft. Dabei betonte er die chronische Unterfinanzierung des T-Teiles und forderte eine Übernahme des Risikos steigender Sozialausgaben durch den Senat.

Klaus Mindrup, Fraktionsvorsitzender der SPD, sprach sich für die Annahme des gemeinsamen Antrages aus, weil er trotz der Finanzkatastrophe soziale Akzente setzt. Deziert wandte er sich gegen die Forderung, den Haushalt



nicht zu beschließen, weil ansonsten die Senatsfinanzverwaltung die Ausgabenpolitik im Bezirk bestimmen würde.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Herr Stenger, sah in seinem Redebeitrag die bauliche Substanz der öffentlichen Gebäude und Straßen gefährdet. Der von der CDU eingebrachte Antrag beinhaltete deswegen vorwiegend mehr Mittel für die bauliche Unterhaltung. Dieses wiederum kritisierte Almuth Tharan von der Grünen-Fraktion als Wunschkonzert. Verhalten begrüßte sie die positiven Veränderungen im Jugendbereich.

Michael van der Meer, Vorsitzender der PDS-Fraktion, sprach sich für eine grundlegende Novellierung der Landeshaushaltsordnung aus, um mehr Selbstständigkeit der Bezirke in Finanzentscheidungen zu erlangen. Des weiteren forderte er die vollständige Schuldenübernahme von 23 Mio. Euro aus 2002 durch den Senat und sprach sich in Anbetracht der Planungssicherheit für die freien Träger für die Annahme des gemeinsamen Antrages aus.

Nach gut zwei Stunden Debatte ergab die Abstimmung 31 Ja-Stimmen, sieben Nein-Stimmen – zwei davon von der PDS – und acht Enthaltungen für den Antrag von PDS und SPD. Freude wollte über diesen Sparhaushalt allerdings bei niemandem aufkommen. Die jungen Demonstranten hatten zu diesem Zeitpunkt schon den Saal verlassen.

Andreas Bossmann

Sascha Kummer: Der Drall nach unten hört nicht auf. Aber der BVV ist es gelungen, einen Haushalt mit politischen Prioritäten zu beschließen.

Thomas Goetzke: Der Absturz der Mieterberatung konnte verhindert werden. Jedoch gibt es zu wenig Mittel für die bauenden Ämter.

Joachim Hildenstein: Der Haushalt beinhaltet tiefe Einschnitte für Senioren und Menschen in besonderen Lebenslagen. Im sozialen Bereich wurde aber auch vieles Wichtige erhalten.

extraDrei sprach mit Stadtrat Matthias Köhne

Kleine Fortschritte – Große Probleme



Matthias Köhne (SPD), Bezirksstadtrat für Umwelt, Wohnen und Bürgerdienste ist seit Jahren passionierter Radfahrer. Wo er kann, setzt er sich für die dringend notwendige Erweiterung des Radwegenetzes in Pankow ein. Letzter Erfolg: In nächster Zeit wird die Radwanderoute Berlin-Usedom mit einem Teilstück im Mauerpark komplettiert. Freudige Ereignisse sind in den letzten Jahren jedoch seltener geworden.

Seine Abteilung hat etwa 650 Mitarbeiter. Die Ämter scheinen eher zusammengewürfelt zu sein: Bürgerdienste, Wohnungsamt, Amt für Umwelt und Natur. In Zukunft sollen Bürgeramt und Wohnungsamt inhaltlich enger zusammenarbeiten. Nach seinen Vorstellungen könnte die Erstantragsbearbeitung für Wohngeld in den fünf Filialen der Bürgerämter erfolgen, weil das Wohnungsamt ab Februar 2004 im Rathaus Pankow konzentriert wird und damit nicht mehr für jeden Antragsteller gut erreichbar ist.

Die Qualität der Betreuung in den Bürgerämtern hat sich in den letzten anderthalb Jahren verbessert. Matthias Köhne verweist auf die deutlich reduzierten Wartezeiten und die moderne Ausrüstung mit Büro- und Kommunikationstechnik. Ein kompliziertes Problem sei hingegen die Besetzung der Bürgerbüros, die dienstags und donners-

tags sogar bis 18 Uhr geöffnet haben. Der drastische Personalabbau in den nächsten Jahren und die Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst zwingen zu innovativen Lösungen. Pankow wird zusammen mit Spandau Modellbezirk für das „Mobile Bürgeramt“. Ab November diesen Jahres werden Mitarbeiter in öffentlichen Gebäuden mit mobiler Technik für die Bürger ihren Dienst tun.

Beim Thema Haushalt gibt es hingegen nichts Neues. Das Geld fehlt besonders bei der Grünflächenunterhaltung an allen Ecken und Enden. Der Stadtrat rechnet vor, dass der Bezirk wegen der Einsparungen einen Substanzverlust von 40 Mio. Euro in den letzten Jahren hinnehmen musste. So sind auch für die Jahre 2004 und 2005 nur noch 20 Prozent der eigentlich benötigten Mittel für die Grünflächenpflege verfügbar, das sind 1,6 Mio. Euro. Und das bei 1.164 Hektar Grünflächen im Bezirk. Pro Hektar und Jahr könne sein Amt damit nur noch 1.375 Euro ausgeben. Bei pflegeintensiven Flächen wie Parks oder Spielplätzen ist das eine lächerliche Summe. Oberste Priorität hat deshalb die Verkehrssicherungspflicht, insbesondere bei Spielplätzen. Hier seien Sperrungen und der Abbau von defekten Spielgeräten in manchen Fällen unausweichlich. Trotz 50.000 Euro mehr, unlängst durch

die BVV beschlossen, liegt der Bedarf in 2004 bei 2,5 Mio. Euro.

Auch beim Personal ist die Situation kritisch. Notwendig wären 580 Grünflächenarbeiter, tatsächlich sind es 2004 ganze 240, Tendenz fallend. Eigentlich könne das Amt damit nur jede dritte Grünfläche fachgerecht pflegen. Einen gewissen Ausgleich, so Köhne, erreiche man jedoch durch den Einsatz von ABM-Kräften, wie z.B. im Mauerpark. Der Zustand dieser exponierten Grünfläche ist beklagenswert, weil unsensible Nutzer an der Vermüllung Schuld sind. Trotzdem ist für den Stadtrat die Lage nicht hoffnungslos. Er tritt für einen offenen Dialog mit der Bürgerinitiative Mauerpark und den Besuchern ein, um Nutzungskonflikte zu entschärfen und Umweltbewusstsein zu fördern.

Er plädiert beispielsweise für eine Trennung von Grillern, Hunden und Familien, damit jede Nutzergruppe ihren Platz hat. Auch für die Legalisierung der Sprayerszene tritt er ein, was ihm seitens der CDU wenig Beifall einbrachte. Das konsequente Vorgehen der Polizei gegen die Drogenszene hingegen begrüsst der Stadtrat. Trotz aller kleinen Fortschritte wird es noch einige Zeit dauern, bis der Mauerpark aus den Negativ-Schlagzeilen wieder heraus ist.

Andreas Bossmann



Zur Vita des Mauerparks

Gesucht wird: Mehr Park!

Der Mauerpark ist stadtbekannt. Gelegen auf dem früheren Mauerstreifen im Gebiet zwischen Eberswalder und Gleimstraße, entwickelte er eine beträchtliche Anziehungskraft für Alt und Jung – nicht nur aus dem näheren Einzugsgebiet. Was die wenigsten wissen: Das Grün am Jahn-Sportpark verdankt seine Existenz vor allem der Bürger- und Anwohnerinitiative. Ursprünglich sahen die Planungen des frühen „Nachwende-Berlins“ vor, auf dem zusammenhängenden Gebiet eine Autobahn nach Norden zu plazieren. Erst der Druck von unten führte zur Absetzung dieser politisch verfolgten Idee.

Während der Konzipierung von „Olympiabauten“ kam es dann – um deren Realisierung mit Zuckerstücken für die Anwohner zu versüßen – auch zur Ausschreibung der Gestaltung des Mauerstreifens.

Ebenfalls weitgehend unbekannt ist, dass das, was heute den Mauerpark bildet, nur einer von drei Bauabschnitten ist, die im Siegerentwurf für die Gestaltung vorgesehen waren. Die übrigen Teile sind Gewerbeflächen auf Wedding-er Seite; ihre Gestaltung als Park soll nach jüngster Planung nicht mehr erfolgen. Inzwischen fast realisiert ist dagegen ein „vierter Bauabschnitt“ – um den Kinderbauernhof nördlich der Gleimstraße.

Wie wichtig die Erschließung des Mauerstreifens als öffentlicher und grüner Raum in der Berliner Innenstadt war, zeigte sich mehr, als für ihn gut war. Feten, Veranstaltungen und tägliche Nutzung des Parks haben nicht nur ihre Spuren hinterlassen, sie drohen ihn jetzt in dauerhafter Verwahrlosung versinken zu lassen. Sein Ruf, absolut „angesagt“ zu sein, hat ihm eine große

Zahl von Besuchern beschert. Inzwischen ist die gemischte, Grünschonende Frequentierung des Parks, einer zunehmend rücksichtloseren, andere Gruppen ausschließenden und auch durch regelmäßige Reinigung nicht aufzuhaltenden Praxis gewichen. Müll, Papier, Flaschen und Dreck sorgen für eine „Ausstrahlung“, die von den Anwohnern und dem „Freundeskreis Mauerpark“ prägnant als „permanenter Ausnahmezustand“ gekennzeichnet wird.

Der Park kann seinen freundlichen Charakter wohl erst wieder gewinnen, wenn die Fläche – wie einst geplant – erschlossen ist, die Pflege gesichert wird und Rücksicht für alle Menschen auf dem Platz wieder als einigender „Nutzerkonsens“ gilt.

Klaus Lederer
Mitglied des Abgeordnetenhauses



Im Quartier

Frau Taeger, Sie sind Mitarbeiterin von S.T.E.R.N. GmbH und Team-Chefin des Quartiersmanagementgebietes (QM) Falkplatz. Was wurde bisher erreicht?

Das QM-Gebiet Falkplatz existiert seit 1999. Unser Team versteht sich als Teil eines Netzwerkes von Akteuren im Kiez. Gemeinsam wollen wir Nachbarschaften aufbauen, Projekte unterstützen und initiieren. Wir sind nicht die Macher, eher die Moderatoren und Berater. Im engeren Sinn war und ist ein Hauptaktionsfeld die Verbesserung der Qualitäten des öffentlichen Raumes, der sozialen und kulturellen Infrastruktur und des Wohnumfeldes. Fertiggestellt wurden schon das Jugendhaus Sonnenburger Straße 69 als Einrichtung für Kinder und Jugendliche. Fast fertig ist die Umgestaltung des Schulhofes der 11. Grundschule Gleimstraße 49 mit Beteiligung der Schüler und unser Projekt Fahrradbügel vor öffentlichen Einrichtungen.

Woran arbeitet Ihr Team zur Zeit?

Ein Schwerpunkt ist die Gestaltung der sogenannten ALDI-Straße als Fahrradstraße. Darüber wurde zwischen der Bürgerinitiative und der Bezirksverwaltung in der Vergangenheit heftig gestritten. Des Weiteren arbeiten wir mit am Quartiersfonds-Projekt Kletterfelsen im Mauerpark und dem Kreuzungsumbau mit Gehwegvorstreckungen Gleimstraße/Rhinower Straße. Besonders wichtig ist das Projekt „Jugend pflegt Grünanlagen“. 50 Jugendliche halten im Rahmen einer Qualifizierungs-ABM unter der Anleitung von fünf Facharbeitern den Mauerpark und den Helmholzplatz sauber.

Wie gestaltet sich die Zukunft des QM-Gebietes?

Auch für 2004 besteht für das Quartiersmanagement Planungssicherheit. Die Projektmittel sind bis 2006 bewilligt worden. Damit werden wir vor allem vorhandene Einrichtungen stabilisieren, z.B. die

Kita Gleimstrolche. Darüber hinaus wird die Kreuzung vor dem Gleimtunnel umgebaut und der dritte Bauabschnitt des Schulhofes 11. Grundschule fertiggestellt.

Der Aktionsfonds steht für Aktivitäten der Anwohner auch im Jahr 2004 zur Verfügung. Ich stelle mir vor, dass der Kiez ein ruhiges Wohngebiet bleibt mit vielen kulturellen Angeboten, Kommunikation, Toleranz und ohne Verdrängung.

Interview: *Andreas Bossmann*



Team-Chefin
Monika Taeger



extraDrei im Gespräch mit dem Abgeordneten Michail Nelken

Irgend etwas ist immer zu machen.



Michail Nelken wurde 1952 geboren. Seit 1979 wohnt Michail in Prenzlauer Berg. Der Philosoph ist seit 1995 Mitglied des Abgeordnetenhauses und für Stadtentwicklung Bauen und Wohnen zuständig. Er wurde für die PDS direkt im Prenzlauer Berg gewählt.

Du bist vor zwei Jahren von der Oppositions- auf die Regierungsbank gewechselt. Hat sich die Arbeit vor Ort verändert?

Im Kiez sprechen mich die Leute nach wie vor als Person, weniger als Repräsentant einer Regierungspartei an. Ich bin nun aber stärker in den Parlamentsbetrieb eingebunden. Dass heißt, weniger Zeit für den Kiez.

Du wohnst schon lange am Falkplatz und bist Zeuge einer ziemlichen Veränderung geworden ...

Vor 1990 lebte man hier in einem loyalen Milieu mit dem Rücken zur Mauer. Am Falkplatz war die DDR zu Ende. Aber schon 1990 entstand die erste Bürgerinitiative: Der Mauerstreifen sollte Park und keine Straße werden.

Hast Du da mitgemischt?

Ich hab Bäumchen gepflanzt. Seit 1991 war ich zudem am Aufbau einer Betroffenenvertretung beteiligt. Damals wurde untersucht, ob der Kiez Sanierungsgebiet wird. Dazu wurden Bürger beteiligt. Man lief witzigerweise zuerst bei den früheren Wohnbezirksausschüssen

(WBA) auf, auch bei mir. Seit 1994 veränderte sich die Bevölkerungsstruktur, aber langsamer als bspw. am Helmholtzplatz. Das Milieu blieb relativ lange erhalten und war gut organisiert. Als wir gegen die Öffnung des Gleimtunnels protestierten, waren das größtenteils Alt-eingesessene. Die Bürgerinitiative gegen den Bau des ALDI-Marktes 2002 bestand dagegen zu 90 Prozent aus Zugezogenen.

Was hat sich im Quartier zum Negativen entwickelt?

ALDI ist in Betrieb. Mit der Öffnung der Gleimstraße in den Neunzigern wurde eine Schneise durch die Wohngebiete gehauen. Die Max-Schmeling-Halle wurde mitten in den Kiez gebaut. Ein Parkhaus konnte jedoch verhindert werden. Das Colosseum wurde als Multiplex-Kino eröffnet. Auch die Energie, die wir für den Erhalt der Milieustruktur entfaltet haben, konnte nur bremsend wirken, aber nicht den ökonomischen Druck aus dem Gebiet nehmen. Ohne das Engagement wäre aber alles noch viel schlimmer geworden.

Wieso gab es gegen den ALDI-Markt solchen Protest?

Von städtebaulichen Fehlentscheidungen blieb der Kiez um die nördliche Schwedter Straße, wo der Kinderbauernhof steht, bisher verschont. Hier war Ruhe- und Rückzugsraum, der Mauerpark ist inzwischen eher Eventraum. Genau hier baut man einen ALDI-Markt. Dieser Schritt schädigt das letzte ruhige Gebiet am Falkplatz. Am Protest beteiligten sich anfangs über 200, sonst nicht engagierte Leute – auch die Zugezogenen. Das war neu. Immerhin ist die Schwedter Straße verkehrsberuhigt, weitere Straßen sind nicht angebunden, so dass kein Durchgangsverkehr entsteht.

Was wurde mit Engagement noch erreicht?

Vom Mauerpark und dem Parkhaus war schon die Rede. Die Gleimstraße hat Tempo 30. Es ist zwar nicht immer passiert, was man woll-

te. Aber die Verwaltung hat gemerkt, dass es Zoff gibt und sie reagieren muß. Deshalb ist der Kiez jetzt Milieuschutzgebiet. Wir sind mit einem zwanzig Meter großen Transparent gegen den damaligen Bausenator durch die Straßen gezogen, worauf stand: „Na gel lügt“. Das hatte mehr Wirkung, als ich im Abgeordnetenhaus entfalten konnte.

Wie versuchst Du Deine Kiezerfahrung im Mandat umzusetzen?

Oft glaube ich, ein besseres Vorstellungsvermögen von den Auswirkungen unserer Politik zu haben. Das Engagement im Wohngebiet ist motivierend. Man kennt die Bezirksverordneten, den Sanierungsbeirat, Aktive aus dem ganzen Bezirk. Man hilft sich, man merkt, dass etwas im Kiez verändert werden kann.

Hast Du Leute erlebt, die gesagt haben: „Es reicht. Wir haben hier gekämpft über Jahre und es hat doch nichts genützt...“

Einer sagte neulich nach dem schlechten Kompromiß zum ALDI-Markt: „Wie immer. Wir haben uns engagiert und die scheißen uns sowieso an.“ Resignationserfahrung gibt es, daher sind nur so wenige aktiv.

Was auch fehlt, ist Infrastruktur, die für Selbstorganisation der Menschen nötig ist: Räume, Computer. Da hilft auch das Quartiersmanagement nicht, weil es wenig nachhaltig arbeitet, sondern sich noch mit den aktiven Bürgern in Konflikt gibt.

Wie steht es bei Dir selbst mit der Resignation?

[Zuckt mit den Schultern.] Ich bin da unempfindlich. Immer wenn ein Punkt kommt, macht man wieder weiter. Denn es geht um die Gestaltung des eigenen Lebensumfeldes.

Wären morgen Neuwahlen, würdest Du da noch mal antreten?

Phh. [Langes Zögern.] Ja, irgend etwas ist immer zu machen.

Interview: Klaus Lederer, Sandra Brunner



„ALDI-“ statt Schwedter Straße

Kleingartenentwicklungsplan

Höherer Bestandschutz?

Seit Juni 2003 liegt ein Entwurf für einen Kleingartenentwicklungsplan vor, der nun im zuständigen Arbeitskreis der PDS-Fraktion diskutiert und geprüft wird. Positiv zu werten ist, dass mit diesem Entwurf eine detaillierte Bestandsaufnahme und Übersicht für das Berliner Kleingartenwesen vorliegt. Neben der reinen Statistik sind auch Angaben über Sicherungsstufen, bspw. die Dauer des Bestandsschutzes und mögliche Änderungen der Nutzung enthalten. Positiv ist auch, dass sich der Rat der Bürgermeister mehrfach in seinem Fachausschuss mit dem Entwurf befasst hat und nun eine Stellungnahme vorliegt, in der die Änderungen aus bezirklicher Sicht formuliert sind. Abzuwarten ist, ob den bezirklichen Änderungsvorschlägen im Senat entsprochen wird. Der Senat will noch bis Jahresende über den Plan beschließen.

Problematisch ist, dass es für alle Kleingärten auf Privatflächen oder Bundesbahnflächen keine Sicherheit gibt. Die Pankower Anlagen „Familienglück“ und „Einsiedel“ haben die Aufforderung zur Räumung bereits erhalten, anderen

Anlagen könnte es ähnlich ergehen. Die landeseigenen Flächen haben sehr unterschiedliche Schutzfristen. Eine dauerhafte Sicherung bringen nur Bebauungspläne. Im West-Teil gibt es davon 99, im Ost-Teil dagegen nur einen Einzigen.

Ziel der PDS-Fraktion ist es u.a., nur Nutzungsänderungen für notwendige Infrastrukturmaßnahmen,

wie im Koalitionsvertrag vorgesehen, im Einvernehmen mit den Bezirken zuzulassen und durch Änderungen im Flächennutzungsplan bzw. durch vereinfachte Bebauungsplanverfahren, eine höhere Sicherheit für die Kleingärten zu erreichen.

Delia Hinz

Mitglied des Abgeordnetenhauses



„Familienglück“ – Wie lange noch?



Erwiderung

Sehr geehrte Frau Knappe, in der Septemerausgabe von extraDrei hat Herr Bossmann ein Gespräch mit Ihnen aufgezeichnet. Es gibt in diesem Bericht nicht viele Zitate, aber ich gehe davon aus, dass Ihre Auffassungen richtig wiedergegeben worden sind. Diese reizen mich zum Widerspruch. Zum Beispiel Ihre Meinung, dass das Bezirksamt nach dem Rasenmäher-Prinzip vorgegangen sei und nicht politisch entschieden habe bei den Beschlüssen zu den Personalstreichungen. Das kann ich überhaupt nicht nachvollziehen.

Klar ersichtlich ist, dass die Verwaltung der Verwaltung deutlich stärker belastet wurde als die Be-

reiche Jugend und Soziales, wo die Bürgerinnen und Bürger ihre Leistungen erhalten. Das bedeutet, dass in den Serviceeinheiten, also bei den Kolleginnen und Kollegen, die sich zum Beispiel um die bezirkseigenen Immobilien oder die Finanzangelegenheiten kümmern, überproportional gestrichen werden musste. Ich halte das für eine politische Schwerpunktsetzung.

Gegen Ihre Forderung, dort massiv zu streichen, wo keine gesetzlichen Pflichtaufgaben ausgeführt werden, interveniere ich scharf. Bibliotheken, Theater, Galerien, Volkshochschule und Musikschule gehören zu den freiwilligen Aufgaben des Bezirkes. Mal davon abgesehen, dass hier leider tatsächlich

deutlich stärker gestrichen wurde als woanders, glauben Sie wirklich, dass diese Leistungen für Bürgerinnen und Bürger weniger wichtig und wertvoll sind?

Ich bin sehr froh darüber, dass sich Bezirksamt und Bezirksverordnetenversammlung dazu bekannt haben, dass auch diese Angebote unverzichtbar sind. Dem vorausgegangen ist eine aufgabenkritische Diskussion, die Sie fordern. Ich weiß, dass viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das genauso sehen und über Ihre Haltung sehr irritiert sind.

Mit freundlichen Grüßen
Almuth Nehring Venus
Bezirksstadträtin für Kultur und Wirtschaft

Aus dem Jugendhilfeausschuss

Heisse Debatten im Herbst



Für die Haushaltsjahre 2004 und 2005 stehen gemäß dem Beschluss des Bezirksverordnetenversammlung (BVV) jeweils 1.746.000 Euro zur Förderung freier Träger der Jugendhilfe zur Verfügung. Demgegenüber stehen die Ausgaben im Haushaltsjahr 2002 in Höhe von 2.525.138 Euro und 2.375.000 Euro in diesem Jahr.

Diese Reduzierung hat sowohl für das infrastrukturelle Angebotsnetz als auch für die nicht-institutionalisierten Leistungen der Jugendarbeit einschneidende Folgen. Die Verwaltung des Jugendamtes hat am 21. Oktober eine Empfehlung zur Förderung von Projekten für die Jahre 2004/2005 dem Kinder- und Jugendhilfeausschuss vorgelegt, indem diese Auswirkungen mehr als deutlich werden. So wird der Versorgungsgrad mit Plätzen in Ein-

richtungen freier Träger von 1.908 im Jahr 2003 auf 1.650 Plätze in 2004 reduziert.

Der Vorschlag der Verwaltung sieht vor, nur noch 23 Projekte zu fördern. Demgegenüber stehen in diesem Jahr 34 geförderte Projekte. Das bedeutet, dass 32 Prozent aller Projekte wegfallen und die Angebote für die Kinder und Jugendlichen des Bezirkes nicht mehr verfügbar sein werden. Ebenfalls will die Verwaltung die Förderung von Projekten der aufsuchenden Jugendsozialarbeit (Streetworker) um 29 Prozent reduzieren. Dieses ist unerklärlich, da gerade auf Grund der Verschärfung der sozialen Lage junger Menschen und Familien im Bezirk auf diese Arbeit nicht verzichtet werden kann. Darüber hinaus gibt es bei 61 Prozent der geförderten Projekte eine

finanzielle Kürzung. Hier wurde aber nicht abschließend geprüft, ob damit die Projekte überhaupt gesichert und weiterhin arbeitsfähig sind.

Nun obliegt es dem Kinder- und Jugendhilfeausschuss, die vorgelegte Förderempfehlung zu modifizieren und Alternativen vorzuschlagen. Hierzu wird es mit Sicherheit in den kommenden Tagen und Wochen heisse Debatten im Ausschuss, als auch in den Fraktionen der BVV geben. Eine endgültige Beschlussfassung will der Ausschuss dann am 18. November 2003 treffen. Für die PDS-Vertreter im Jugendhilfeausschuss ist klar, dass die Streichung von Projekten nicht vermeidbar ist, aber es gibt bessere Alternativen und Möglichkeiten, als die Verwaltung hier vorgelegt hat.

Sascha Kummer
Bezirksverordneter

Leserbriefe

Zu Sandra Brunner: Links ist lebendig und chaotisch, extraDrei Oktober 2003.

Willst du Mitglied werden?

Sandra Brunner wunderte sich in Leipzig mit den Teilnehmer/innen des Forums Parteireform beim Arbeitskreis Mitgliedergewinnung: „Denn der Ausschuss Mitgliedergewinnung benötigte zwei Jahre für die Feststellung, dass Mitglieder nur persönlich gewonnen werden können.“ Das ist vielleicht ein bisschen schief wiedergegeben, trifft aber doch den wunden Punkt. Die ersten Jahre entschuldigte man sich dafür,

noch nicht ausgetreten zu sein. Die nächsten Jahre beteiligten sich viele allzu leichtfertig daran, die Parteien (und dabei sich selbst) schlecht zu reden. Kein Wunder, dass die meisten Mitglieder weit davon entfernt sind, stolz auf ihre Partei zu sein und lieber diskutieren, ob man überhaupt werben darf, dass nur die Politik stimmen muss, damit die Mitglieder kommen, und sowieso, ob man unsere Partei anderen zumuten kann.

Aber wer nicht überzeugt ist, durch die Mitgliedschaft einen Gewinn für sich selbst zu haben, der traut sich auch nicht, andere persönlich anzusprechen und die Gretchenfrage zu stellen. Und so ist die Zahl derer klein, die in den vergangenen Jahren einmal gefragt haben: Willst du Mitglied der PDS werden?

Claudia Gohde
Koordinierungsgruppe Mitgliederentwicklung auf Bundesebene

Rot-Rot. Man wird doch nochmal fragen dürfen!?

Was? Wie lange noch hängt sich die PDS an die SPD als „kleiner Koalitionspartner“ an? Wollen wir die SPD-Potentaten an der Macht halten, dazu beitragen, den Kapitalismus zu erhalten – oder sollte man besser sagen: „Das überkommene System zu erhalten“? Ändern wird man am derzeitigen Stand nichts. Daran ändert auch nichts, wenn einige von uns der Meinung sind, dass man etwas Gutes

tun könnte, dass man Schlimmeres vermeiden konnte. Derart gelagerten Aussagen unserer Senatorin und Senatoren darf man hier nicht zustimmen! Also, wie lange noch?

Für Militärtransporter und Jäger 90 ist Geld da. Doch für Gesundheitsversorgung, für Krankengeld fehlt es an allen Ecken und Enden. Da werden letztlich die Rentner zur Kasse gebeten, Arbeitslose in die

Armut getrieben. Sozialabbau überall. Sollte man nicht endlich eingestehen, dass das System abgewirtschaftet hat? Wo steht da die PDS – nicht nur mit Worten? Derzeit fragt sich doch die Bevölkerung, ob sie das Original oder die Kopie wählen soll. Wann geht manchem endlich ein Licht auf?

Uwe Hammer
PDS-Mitglied in Weißensee

Kurz notiert

Alltag im Bezirk

■ Energietag

Die Pankower Initiative zur Nutzung innovativer Energiequellen hatte am 30. Oktober ins Rathaus Pankow eingeladen.

Die Veranstaltung, auf der Firmen des Bezirkes über die Nutzung innovativer Energien im Haus bis zum Erdgasauto informierten, fand mit Unterstützung der Wirtschaftsabteilung des Bezirksamts statt. In Kurzvorträgen wurden Ausführungen zur Planung und Finanzierung, zur Heizungsmodernisierung, Solararchitektur, solarer Luftheizung, Fotovoltaik und Holzheizung vorgestellt. Spareffekte und Fördermöglichkeiten waren ein weiterer Schwerpunkt des Energietages.

■ Sporthallenneubau

Der Grundstein für eine neue Sporthalle auf dem Grundstück Winstraße 49/50 in Prenzlauer Berg wurde am 22. Oktober von Bezirksbürgermeister Kleinert (PDS) gelegt.

Der Neubau ist Bestandteil der Gesamtbaumaßnahme an der Grundschule in der Christburger Straße 7, welche bereits 1999 eröffnet wurde. Dumm nur, dass das im hinteren Teil der Winststraße liegende

ehemalige Lehrerhaus, das derzeit als Hort- und Jugendfreizeiteinrichtung ausgebaut wird, so lange nicht nutzbar ist, bis die Turnhalle fertig ist. Denn der notwendige zweite Rettungsweg, der als Fluchtweg für beide Gebäude konzipiert ist, wird erst 2005 gebaut.

Die zukünftigen Nutzer des Lehrerhauses, das Netzwerk Spiel/Kultur, denen eine Nutzung des Lehrerhauses ab 2004 versprochen worden war, haben Pech. Die anfallenden Kosten für den Leerstand müssen von der Bezirkskasse getragen werden.

■ Umstrukturiertes Sozialamt

Ab Anfang 2004 wird es im Großbezirk Pankow nur noch zwei Bereiche des Sozialamts geben. Der Arbeitsbereich „Aktivierende Hilfe“ wird mit einer Anlaufstelle in der Straßburger Straße eingerichtet und der Bereich „Sichernde Hilfe“ verbleibt in der Fröbelstraße 17. Zur Vorbereitung des Pankower Job-Centers wird es eine gemeinsame Anlaufstelle von Sozialamt und Arbeitsamt Nord in der Straßburger Straße geben. Nach Aussage des Sozialstadtrates Lehmann fallen durch die Veränderungen im Bun-

desozialhilfegesetz wichtige Instrumente der Arbeitsförderung weg. Deswegen seien Vermittlungsbemühungen in den Arbeitsmarkt in großem Umfang erforderlich.

■ Sonderpreis an Bezirk

Im Rahmen der Verleihung des Deutschen Städtebaupreises wurde am 12. September der Sonderpreis dem Projekt „Stadterneuerung Prenzlauer Berg – Spielräume für Kinder und Jugendliche“ zuerkannt. Ausgezeichnet wurden stellvertretend für viele engagierte Bürgerinnen und Bürger, Initiativen und Vereine S.T.E.R.N., das Bezirksamt Pankow und die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung. Am 29. Oktober fand dazu im Kinder- und Jugendmuseum „Eliashof“ eine Feierstunde statt.

■ Malchower Straße

Wegen Straßen- und Leitungsbauarbeiten ist die Malchower Straße in Heinersdorf ab Wischbergeweg in Richtung Industriebahn nunmehr Einbahnstraße. Die Erneuerung von Fahrbahn und Gehwegen wird voraussichtlich ein Jahr dauern. Die Kosten für die Baumaßnahme betragen ca. 2 Mio. Euro.



Seniorenkabarett aus Weißensee

Politische Angstbeisser sind sie nicht, allein schon der Ensemblename „Knallschoten“ zeugt von deftiger Angriffslust: Nichtssagende Inhalte zu offerieren, verbietet sich von selbst. Kabarettistische Knallschoten in szenischer Vielfalt auszuteilen, steht für das jeweilige Programm. Einem arrangierten Publikum, politisches Kabarett darzubieten, ist das Credo des Ensembles.

Obwohl alle Akteure schon im fortgeschrittenen Alter sind, liegt es ihnen fern, in Rentnernostalgie zu verfallen und für Comedy-Shows zur Fütterung von irgendwelchen Spatzenhirnen gibt es ein absolutes Tabu.

An gehaltvollen Themen gibt es in deutschen Ländern keinen Mangel. Eine Regierung, die auf wirtschaftliche Probleme nur noch in heillosen Einfalt reagiert und in dubioser Scheinheiligkeit das einstige Wahlvolk auf den utopischen Berg der schönen Aussichten zu lotsen versucht, präsentiert den Kabarettisten Stoff in Fülle. So ist die satirische Bühne ein guter Ort, opportunistischen Schwafeln und dem Gefolge der gnadenlosen Abzocker immer wieder fatale Lichter aufzustecken. Pardon zu geben, steht nicht im Programm.

Den „Knallschoten“ gebührt Anerkennung. Nicht nur für ihre öffent-

lichen Auftritte, auch für den Zeitaufwand der wöchentlichen Proben und die kritischen Auswertungen der jeweils absolvierten Bühnendarbietungen. Alles in der Freizeit der Ensemblemitglieder und ohne Gagen. Doch eines liegt den Kabarettisten am Herzen. Sie würden es freudig begrüßen, wenn interessierte und entsprechend gerüstete Mitstreiter gefunden werden könnten. Im Waschhaus in der Weißenseer Jacobssohnstraße sind sie immer willkommen. Es würde der Attraktivität der „Knallschoten“ gute Impulse geben und davon würde bei den Auftritten die Zuhörerschaft freudig partizipieren. *Horst Zakrzewski*

Parteileben

Ortsverband Weißensee



Unmittelbar nach Aufhebung des Bezirksverbandes Weißensee der PDS haben sich die Basisorganisationen aus dem Zentrum Weißensees zu einem Ortsverband zusammengeschlossen. Dadurch wurde das Mitgliederleben gesichert, die Öffentlichkeitsarbeit der Weißenseer Basisorganisationen konnte kontinuierlich weitergeführt und die Arbeit des Kieztreffs entwickelt werden. Jeden ersten Mittwoch im Monat findet der Basistreff für die Sprecher der BOen statt. Das ist ganz entscheidend für die Bündelung der Kräfte und die Koordinierung der Aktivitäten. Dadurch ist

es möglich geworden, jeden Monat mindestens einen Infostand in der Berliner Allee durchzuführen. Vom Ortsvorstand initiiert und gefördert und über den Basistreff organisiert, hat sich eine enge Zusammenarbeit der BOen bei der Durchführung von Mitgliederversammlungen, Bildungsveranstaltungen, Schriftstellerlesungen und anderen Aktivitäten herausgebildet. Dabei gibt der Ortsvorstand Unterstützung bei der Gewinnung von prominenten Gesprächspartnern aus der Bundes-, Landes- und Bezirksebene. Ganz ähnlich verfahren wir bei den zweimonatlich stattfindenden Veranstaltungen

der politischen Bildung. Großen Wert legt der Ortsvorstand auf ein reges politisch-kulturelles Leben im Kieztreff am Pistoriusplatz. An den Werktagen ist die Öffnung nachmittags ehrenamtlich gesichert, abends nach Vereinbarung. Jeden Monat finden über 20 Veranstaltungen des Ortsverbandes sowie verschiedener Vereine, Organisationen, Interessengemeinschaften statt. Dazu gehören Volkssolidarität, marxistische Historiker, Jugendgruppen, Freidenker und andere.

Hansgeorg Storost
OV Weißensee

Zehn Jahre Wahlkreisaktiv Vineta

Etwa 1991/92 begann die organisatorische Zusammenarbeit der Basisorganisationen der PDS in Pankow-Süd. Marcel Bähler leistete die Aufbauarbeit. Thomas Obst, Burkhard Nowack und Hans Kaschade teilten und teilen sich in der Folge die Leitungsverantwortung. Genossen aus damals 14, jetzt neun BOen, bildeten den Kern. Zwischen den politischen Höhepunkten mühten wir uns in der Ebene zwischen Infoständen, Bürgerforen und Kiezfes-

ten. Seit 1992 findet jedes Jahr um den 1. Juni ein Kinderfest im Hof an der Halland-/Neumannstraße statt.

Seit langem schwinden auch bei uns die aktiven Kräfte. Sichtbar wird dies in schwächer werdender öffentlicher Wirkung. Das Kiezfest am Brennerberg wurde deshalb aufgegeben. Die Infostände werden weniger, die Bereitschaft für Wahlkampfaktionen geht zurück. Trotzdem versuchen wir weiter, das politische Wirken der PDS im Kiez

zu erhalten. Seit diesem Jahr gibt es öffentliche Bildungsabende zu verschiedenen Themen wie Steuern, Gesundheit und PDS-Programmatik, die von fachkundigen Referenten getragen werden. Seit Februar erscheint auf Wunsch vieler PDS-Mitglieder und Sympathisanten monatlich ein Kiezblatt als lokale Ergänzung zu den anderen PDS-Publikationen.

Thomas Obst
Wahlkreisaktiv Vineta

Ortsverband Bötzwowiertel

Unser Ortsverband ist ein Zusammenschluss von vier selbständigen BOen. Damit hat sich die für uns praktikabelste Organisationsform herausgebildet, um, trotz Mitgliederschwind, das politische Wirken der PDS vor Ort zu sichern.

Die neue Organisationsform bietet zudem jüngeren und mobileren PDS-Mitgliedern mehr Gelegenheit, eine aktive Parteiarbeit zu leisten. Im Ortsverband bildete sich ein Koordinierungsrat heraus. Er arbeitet auf der Grundlage einer Jahreskonzeption, die in den BOen beraten wurde. Der Koordinierungsrat gibt ein Einladungs- bzw. Infoblatt, die „BötzwowINFO“ mit einer Auflage von 187 Exemplaren sowie das

Kiezblatt „PDS IM KIEZ“ mit 6.500 Exemplaren heraus.

Verschiedene Arbeitsgruppen wurden für die Vorbereitung langfristiger Aktivitäten gebildet, z.B. für die Teilnahme an Protestaktionen, die Verteilung von Infomaterial und die Planung von PDS-Ständen. Unsere Interessengemeinschaften stellen ein Bündnis der PDS mit anderen Gruppen, wie mit der Betroffenenvertretung und Vereinen zur Realisierung gemeinsamer Interessen dar. So organisierten wir gemeinsam Kinderfeste und andere Aktivitäten.

Unsere Projektgruppen arbeiten Themen bezogen und mit Vereinen, Gruppen und Persönlichkeiten zusammen. Zum 100. Geburtstag des

Schauspielers und Kommunisten Hans Otto gaben wir bspw. eine Sonderausgabe des BötzwowINFO an alle Haushalte der Hans-Otto-Straße heraus. Wir sind der Ansicht, dass die noch aktiven Kräfte vor Ort in größeren Struktureinheiten, etwa in Ortsverbänden, gebündelt werden sollen. Dieses kann auf dem Wege der Eingliederung von BOen in funktionsfähigere BOen erfolgen.

Die Aktivität der Mitglieder zu befördern und das Erreichen von Nachhaltigkeit unserer Inhalte nach außen, muss vordringlichstes Anliegen der neuen Organisationsformen sein.

Bernd Mewes
BO Vision

Unser Mann in Europa

Fehlanzeige: Sozialpolitik in Europa

Insgesamt 15 Millionen Menschen sind in der EU von Armut bedroht und 14,3 Mio. offiziell arbeitslos. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf schwankt von knapp 15.000 Euro in den ärmsten bis zu über 60.000 in den reichsten Regionen. Das sind Daten des europäischen Statistikamtes Eurostat aus den letzten Wochen, die vor allem eines belegen: Eine „Sozialunion“ existiert in der EU ebenso wenig wie eine tatsächlich wirksame Sozialpolitik.

Sicher: Es gibt eine Vielzahl von Gipfelbeschlüssen und Programmen, von Initiativen, Prozessen und „Koordinierungen“, mit denen – zumindest wird dies offiziell erklärt – die soziale Situation in der EU verbessert werden soll. Ein Beispiel dafür ist die „Lissabon-Strategie“, mit der bis 2010 die Vollbeschäftigung in Europa erreicht und Kinderarmut beseitigt werden sollte. Von beidem ist längst nicht mehr die Rede. Die schönen Vorhaben scheitern an der Politik der Mitgliedsländer und der EU-Kommission. Die Hälfte aller weltweiten Privatisierungen findet in EU-Europa statt.

Soziale Ziele sind – wenn überhaupt – sekundär.

Das heisst aber nicht, dass die EU nicht grundsätzlich die Weichen in der Sozialpolitik stellt, nur eben nicht in eine soziale Richtung: Was in den Dokumenten verklausuliert als „Flexibilisierung des Arbeitsvertragsrechts“ oder als „Modernisierung der Sozial- und Rentensysteme“ angemahnt wird, entpuppt sich in der Realität als gelockertes Kündigungsschutz, als Privatisierung, als Abbau von Sozialleistungen und Kürzungen der staatlichen Altersversorgung. Letztlich war, ist und bleibt die EU-Sozialpolitik nicht mehr als die Flankierung der neoliberalen Wirtschaftspolitik. Zwar wurde dabei auch einiges erreicht, wie etwa Mindeststandards beim Arbeitsschutz. Wo solche Bestimmungen aber zu weit gehen, wird abgeblockt. Wo „Wettbewerbsvorteile“ – sprich niedrigere Löhne und Sozialschutz – in Gefahr sind, wird gebremst. Ein Beispiel ist die EU-Grundrechtecharta, die zwar wichtige zivile Rechte fixiert, aber gerade bei der sozialen

Sicherung eher unverbindlich und teilweise hinter bereits bestehenden nationalen Regelungen, vor allem aber hinter der Europäischen Sozialcharta des Europarates von 1996 zurück bleibt. Rot-Grün hat als eine von drei EU-Regierungen letztere nicht einmal unterzeichnet.

Gegen den Sozialabbau in Europa ist außerparlamentarischer und parlamentarischer Widerstand nötig. Dass sich dieser entwickelt, zeigen die Massenproteste in Frankreich, in Österreich und Italien im Frühjahr. Auch die Linken im Europäischen Parlament haben sich den Kampf für ein soziales Europa auf die Fahnen geschrieben und sind auf dem Europäischen Sozialforum Mitte November dabei. Mit der EU-Osterweiterung am 1. Mai 2004 werden die sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede in der EU noch einmal verdoppelt. Umso mehr muss die Schaffung einer wirklichen Sozialunion zum Ziel europäischer Politik werden.

André Brie

Mitglied des Europäischen Parlaments



Willkommen in der Gegenwart

Als am frühen Nachmittag des Sonntag das Abstimmungsergebnis zum Programmwurf bekannt gegeben wurde, machte sich bei der Mehrzahl der Delegierten Erleichterung Luft. 333 Delegierte hatten dem Programm nach einer fast fünfjährigen Debatte zugestimmt.

Nur 38 Gegenstimmen und zehn Enthaltungen am Schluss – damit hat sich die PDS erfolgreich nach ihren quälenden internen Auseinandersetzungen dahin zurückgemeldet, wo sie gebraucht wird: In die politischen Auseinandersetzungen der Gegenwart.

Das neue Programm der PDS macht eines ganz klar: Es gibt eine Partei in der Bundesrepublik Deutschland, die ohne Wenn und Aber für demokratischen Sozialismus steht. Aber es macht auch deut-

lich, dass der Bezugsrahmen dafür die uns umgebende Realität ist. Und wir leben in einem Land, dessen Rot-Grüne Bundesregierung gerade dabei ist, den größten Sozialabbau, die einschneidendste Umverteilung von Unten nach Oben in die Wege zu leiten, darauf müssen wir Antworten finden, die jenseits der Verstaatlichung von Banken und der Abschaffung des Profitinteresses von Unternehmern machbare Alternativen für die Menschen bieten.

Wir leben in einer Welt, in der sich die US-Regierung über das Völkerrecht und die Vereinten Nationen mit brutalen Hegemonialinteressen hinwegsetzt und da sind wir verpflichtet auch die geringsten Chancen zu ergreifen, die UNO zu stärken und die EU-Verfassung mit zu gestalten. Deutlich ist im Programm

festgehalten, dass sich die PDS jeder Kriegslogik widersetzt und es mit ihr keine Beteiligung der Bundeswehr oder von Spezialeinheiten in den Kriegsgebieten dieser Welt geben wird.

Dass die PDS mit ihrer Herkunft und Erfahrung sich programmatisch für Bürgerrechte als individuelle Freiheitsrechte gegenüber dem Staat ausgesprochen hat, macht ihre Position beim Kampf um soziale Gerechtigkeit um so glaubwürdiger. Es muss niemand fürchten, sie meinte mit Gleichheit Gleichmacherei oder soziale Wohltaten ließen sich verordnen und erzwingen. Mit dem neuen Parteiprogramm im Rücken beginnt die Arbeit jetzt aber erst. Die „Agenda sozial“ ist ein wichtiger Beginn.

Marion Seelig

Mitglied des Abgeordnetenhauses



Das Letzte

Nicht alles war gut

Soviel Osten hatten wir noch nie, jedenfalls im Fernsehen. Jeder dritte Ossi soll die „Ostalgie-Show“, die „Ultimative Ost-Show“, den „Kessel DDR“ und Kati Witts „DDR-Show“ gesehen haben. Dort wurde munter geplaudert, gesungen, getanzt und die Ehemalige so richtig schön entstaubt und weichgespült. Kein Wunder: Denn die Wessis haben uns den Osten 13 Jahre lang

madig gemacht und nun lassen die uns auch mal richtig abfeiern mit Tempo-Linsen, Schlagersüßtafeln, Kathi-Kuchenmehl und dem Genossen Rechtsanwalt. Der musste nämlich bei RTL eine echte Kuh melken. So spritzen kann der Schröder noch lange nicht. Und in Lilo Wanders Wa(h)rer Liebe kam es dann knüppeldick: Der Ost-Sex war schöner und Porno-Filmchen

auf ORWO-Color gab es auch, bloß nicht in der HO.

Kein Wunder, dass dem CDU-Nooke der Kragen platzen musste, als Kati Witt das Blauhemd überstreifte. (Ihre alte Bluse soll tatsächlich noch gepasst haben.) Ihm war das entschieden zuviel, denn schließlich ist die FDJ verboten, jedenfalls im Westen und Kati muss nun wohl nach Bautzen in den Knast. Ach, hätte sich der Nooke doch früher für ein Verbot von Kaffee-Mix stark gemacht, dann hätten wir ihn alle beim letzten Mal direkt in den Bundestag gewählt. Ekel-Alfred wird ja auch noch wiederholt. Zu dem kamen einmal in den Siebzigern Verwandte aus der DDR zu Besuch. Vertragen haben die sich nicht. Alfred sagt am Schluss: „Mit euch Ossis kann man ja gar nicht zusammen leben.“ Ob der Alfred wohl ein Hellseher war? Gott sei Dank, dass das alles mit dem richtigen Ost-Leben nichts zu tun hat.

Ossi-Bossi



WANNWOWASWANNWOWASWANN

- | | | |
|---|--|---|
| 5. November
17 und 20 Uhr OV Weißensee zur Auswertung des Bundesparteitags, Kieztreff, Pistoriusstraße 24 | 17. November
19.30 Uhr Bezirksvorstand im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76 | 27. November
16 Uhr Mathias Wedel liest aus „Urlaub Klappfix Ferienscheck – Reisen in der DDR“, Kieztreff Pistoriusstraße 24 |
| 6. November
19 Uhr Treff P100, Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76 | 20. November
18 Uhr Basistag im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76
18:30 Uhr AG Schule bei der BVV-Fraktion der PDS im Fraktionszimmer, Fröbelstraße 17 | 1. Dezember
19.30 Uhr Bezirksvorstand, im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76 |
| 9. November
Kranzniederlegung auf dem Jüdischen Friedhof Weißensee | 21. November - 5. Dezember
Ausstellung im Rathaus Pankow „Frauen in Männerberufen“ | 3. Dezember
17.30 Uhr Treffen des Ortsverbandes Weißensee im PDS-Kieztreff, Pistoriusstraße 24 |
| 10. November
18.30 Uhr Bürgerforum mit Senatorin Dr. Heidi Knake-Werner, Kurt-Tucholsky-Oberschule, Neumannstraße 9-11 | 25. November
11 Uhr Fahnenhissung vor den Rathäusern in Pankow, Weißensee und Prenzlauer Berg zum Internationaler Aktionstag „Nein zu Gewalt an Frauen“
18.30 Uhr Wahlkreisaktiv OV Vineta im Freizeitclub, Elsa-Brändström-Straße 6 | 4. Dezember
19 Uhr Treff P100, Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76 |
| 12. November
17.30 Uhr 18. BVV im BVV-Saal, Fröbelstraße 17 | | 6.-7. Dezember
1. Tagung des 9. Landesparteitags der PDS Berlin, u.a zur Neuwahl des Landesvorstands |
| 15. November
10 Uhr 4. Tagung der 2. Hauptversammlung der PDS Berlin Drei im BVV-Saal, Bezirksamt Fröbelstraße 17 | | |

Impressum

Herausgeber: Bezirksvorstand der PDS Berlin Drei
Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81

www.pds-berlin-drei.de
eMail: redaktion@pds-berlin-drei.de

V.i.S.d.P.: Gernot Klemm

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 28. Oktober 2003
Druck: double express Auflage: 12.000

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Das Blatt wird durch Spenden finanziert.

Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 810-505.

Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders / der Spenderin.